

**Deutscher Bundestag**  
Ausschuss f. Ernährung,  
Landwirtschaft u. Verbraucherschutz

Ausschussdrucksache  
**17(10)813-F-Neu**

z. öff. Anhörung am 08.02.2012

01. Februar 2012

**Stellungnahme Deutscher Forstwirtschaftsrat e.V.**

**(Martin Kütke)**

für die 61. Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Öffentlichen Anhörung zum Thema:

„Waldstrategie“

am Mittwoch, dem 8. Februar 2012, von 08:00 – 10:00 Uhr

Sitzungssaal: 3.101

Sitzungsort: Berlin, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus,

Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1

## **Waldstrategie 2020 –**

**Anhörung im deutschen Bundestag am 8. Februar 2012;**

**hier: Beantwortung des Fragenkatalogs**

---

### Fragenkatalog

- 1 In der umweltfreundlichen, nachhaltigen Bewirtschaftung unseres Waldes, wie sie in der Waldstrategie 2020 der Bundesregierung beschrieben ist, hat Deutschland Vorbildfunktion. Dies sollten wir vor dem Hintergrund eines weltweiten Urwaldverlustes von rund 13 Mio. ha, wovon die Hälfte als Wald auf Dauer verloren geht, dazu nutzen, nur noch Holz aus legalem Einschlag zu verwenden. Stimmen Sie in diesen Punkten zu?

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist verbunden mit großen deutschen Forstleuten wie Hans Carl von Carlowitz oder Georg Ludwig Hartig. Seit nunmehr 300 Jahren ist Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung für deutsche Forstleute nicht nur ein frommes Lippenbekenntnis, sondern gelebte Praxis. Die deutsche Forstwirtschaft hat daher ganz gewiß eine Vorbildfunktion, aber Deutschland trägt damit einhergehend auch eine besondere Verantwortung.

Wir leben in einem Zeitalter der Globalisierung. Es darf nicht unser Kalkül sein, unseren Holzbedarf dadurch zu decken, indem wir über große Waldvernichtungen in anderen Erdteilen hinwegsehen und Holz importieren, das aus illegalen, nicht nachhaltigen Holzeinschlägen stammt.

Internationale Konventionen zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung, zum Holzeinschlag und zum fairen Handel mit Holz sind daher wichtig und müssen vorangetrieben werden.

Handelsrechtliche und ordnungsrechtliche Regelungen stoßen jedoch an Grenzen.

Forstliche Zertifizierungssysteme wie zum Beispiel PEFC oder FSC müssen daher weiter entwickelt und weiter verbreitet werden. Sie leisten einen wertvollen Beitrag, um die Produktkette des Holzes – vom Baum zum Verbraucher – zu dokumentieren und nachhaltige Waldbewirtschaftung zu garantieren.

- 2 Teilen Sie die Auffassung, dass es falsch wäre, weitere Flächen stillzulegen und aus der Holzproduktion zu entnehmen und sogar klimaverträglichere, schneller wachsende, sicherere Baumarten, wie die Douglasie und die Küstentanne als Fichtenersatz im Laubholzmischbestand zu verwenden? Dies ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass für das Jahr 2020 ein Holzfehlbedarf für Deutschland von 30 Mio. m<sup>3</sup> und für die EU von

400 Mio. m<sup>3</sup> prognostiziert ist. Auch ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass Wissenschaftler und Experten, für einen naturnah bewirtschafteten Wald mit einem entsprechenden Totholzanteil mehr Artenvielfalt festgestellt haben, als in einem stillgelegten Wald.

Die Frage enthält zwei unterschiedliche Ansatzpunkte und lässt sich mit ja oder nein nicht beantworten.

Ich möchte zunächst auf den ersten Teil der Frage eingehen, der Flächenstilllegungen betrifft. Es kann aus Gründen des Naturschutzes, insbesondere aus Gründen des Artenschutzes und zur Bewahrung der biologischen Vielfalt geboten sein, bestimmte Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen. Die Betonung liegt hierbei auf dem Kriterium, dass es sich um bestimmte Waldflächen handeln muss.

Pauschale Forderungen nach Flächenstilllegungen in der Waldwirtschaft sind zwar leicht zu postulieren, helfen aber in der Sache nicht weiter.

Die Devise muss lauten: Stilllegung von Waldflächen nur dort und nur insoweit, wie dies naturschutzfachlich begründbar und notwendig ist.

Das bekannte ökonomische Prinzip hat – insbesondere bei begrenzten Naturressourcen - durchaus auch für ökologische Zielstellungen seine Berechtigung.

Die nachhaltige, multifunktionale Waldwirtschaft hat in Deutschland nicht nur Tradition, sondern sie hat bewiesen, dass im Regelfall der integrative Ansatz nach dem Leitsatz „schützen und nützen“ den optimalen Gesamtnutzen von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen herbeiführt.

Flächenstilllegungen stehen im Zielkonflikt zu anderen Waldfunktionen (zum Beispiel Rohstoffversorgung der Holzwirtschaft / Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Forst- und Holzwirtschaft).

Flächenstilllegungen in Wäldern sind daher grundsätzlich nicht falsch, aber sie müssen konkret begründet und angemessen sein. Willkürliche Forderungen nach prozentualen Flächenstilllegungen sind unbegründet.

Der zweite Teil der Frage betrifft die Bedeutung der Baumartenwahl in der Bewirtschaftung des Waldes.

Das Wachstum, die qualitativen und quantitativen Potenziale der jeweiligen Baumarten sind für die Forst- und Holzwirtschaft seit jeher ein wesentlicher Faktor gewesen.

Waldbau ist kein Selbstzweck. Waldwirtschaft ist ebenso wie die Landwirtschaft insbesondere darauf ausgerichtet, unsere menschlichen Bedürfnisse zu decken.

Zu Unrecht wird in der Diskussion bisweilen das Nadelholz, insbesondere die Fichte diskreditiert. Dabei wird übersehen, dass das relativ schwere Holz von Buchen oder Eichen in

der Verwendung seine Grenzen findet und sich zum Beispiel einfach nicht für Dachstühle eignet. Um nachhaltig und Ressourcen schonend zu bauen, benötigen wir in Deutschlands Wäldern in angemessenem Umfang auch Nadelbäume.

Die Fichte hat daher – nach wie vor – als „Brotbaum“ der deutschen Forstwirtschaft ihre Daseinsberechtigung in Deutschlands Wäldern.

Wenn wir vor dem Hintergrund des Klimawandels erkennen, dass der Anbau der Fichte mit großen Risiken im Hinblick auf die Vitalität und die Stabilität behaftet sein wird, so müssen wir heute bereits weitere Nadelbaumarten einbringen, deren Wurzelsystem tiefer geht, die bei Stürmen standfester sind, die Wasserstress in Dürreperioden besser verkraften, die guten Zuwachs haben und deren Holz vielseitig verwendbar ist.

Die Douglasie und die Küstentanne sind auf vielen forstlichen Standorten, auf denen der Fichtenanbau kritisch gesehen werden muss, durchaus eine sinnvolle Alternative; ihr Anbau sollte forciert werden.

- 3 Halten Sie die wirtschaftliche Bedeutung unserer Forst- und Holzwirtschaft ebenfalls für unterbewertet – vor dem Hintergrund, von 160.000 privaten, staatlichen und kommunalen Betrieben, sowie 2 Mio. privaten Waldbesitzern, 168 Mrd. € Umsatz des Cluster Forst und Holz, sowie 1,2 Mio. Beschäftigten, wobei 100 m<sup>3</sup> Holz in der Wertschöpfungskette einen Beschäftigten ausmachen, und gilt diese Unterbewertung Ihrer Auffassung nach ebenfalls für die Ökologie und den Klimaschutz? Immerhin werden durch 1 kg Holz 2 kg CO<sub>2</sub> der Atmosphäre entnommen und gebunden.

Ja.

Die wirtschaftliche Bedeutung unserer Forst- und Holzwirtschaft ist leider immer noch unterbewertet.

Clusterstudien haben in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Zahlen, wie sie in der Fragestellung auch genannt sind, geliefert.

Es besteht der Eindruck, dass insbesondere bei Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik trotz Kenntnis dieser Zahlen die Forst- und Holzwirtschaft leider immer noch „stiefmütterlich“ behandelt wird. So erfährt die Forstwirtschaft im Vergleich zur Landwirtschaft im Rahmen der gemeinsamen, kofinanzierten Agrarpolitik nur relativ wenig Aufmerksamkeit und Zuwendung. Soweit mir dies bekannt ist, beschränken sich die Finanzhilfen der forstlichen Förderung in Deutschland auf nur rund 3 % der Gesamtmittel im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik ( GAP und GAK ), während der Flächenanteil der Wälder in Deutschland bei rund 30 % liegt.

Die Bedeutung unserer heimischen Forst- und Holzwirtschaft für die Ökologie und für den Klimaschutz wird ebenfalls noch nicht angemessen gewürdigt, aber in zunehmendem Maße erkannt. Die enormen Vorteile einer verstärkten Holzverwendung liegen unter Anderem zum Beispiel darin, dass Holz ein nachwachsender, regional ohne weite Transportwege verfügbarer Rohstoff ist, Holz als Werkstoff andere, in ihrer Herstellung Energie intensive Werk- und Baustoffe wie Stahl oder Beton ersetzen kann, Holz in Möbeln und im Hausbau das in ihm gespeicherte CO<sub>2</sub> langfristig bindet und Holz als CO<sub>2</sub> neutraler Brennstoff die weiteren Einsatz fossiler Energieträger wie Gas oder Öl, deren Erschließung und Transport große Umweltschäden mit sich bringt, begrenzen kann.

- 4 Die Waldstrategie 2020 sieht eine Steigerung der Kaskadennutzung als sinnvoll an. Zunächst wird die umweltfreundlich erzeugte Biomasse Holz als Rohstoff eingesetzt, beispielsweise beim Hausbau oder der Modernisierung. Holz ist Kohlendioxid bindend und multifunktional einsetzbar. Außerdem ist der Energieeinsatz durch intelligente Systembauweise mit Holz um bis zu 90 % absenkbar. Auch der energetische, wohnortnahe Einsatz der Biomasse Holz ist sinnvoll. Welche Einsatzbereiche für Holz sehen Sie sinnvollerweise mit welchen Anteilen und wie sehen Sie die Mengenverteilung und die Bedarfsbefriedigung? Bitte betrachten Sie dies auch vor dem Hintergrund eines Zuwachses und damit einer nachhaltigen Entnahme von 11,1 Vorratsfestmetern je Jahr und ha.

Zunächst kann bestätigt werden, dass die sogenannte „Kaskadennutzung“ von Holz eine intelligente Lösung ist. Es schont unsere begrenzten Ressourcen, wenn Holz zunächst in möglichst langlebigen Produkten zum Einsatz kommt und anschließend einer weiteren stofflichen oder energetischen Verwendung zugeführt wird.

Die Fragestellung ist, wenn ich sie richtig verstehe, darauf ausgerichtet, ob prozentuale Richt- oder Zielwerte für die verschiedenen Einsatzbereiche von Holz genannt werden können.

In einer freien Marktwirtschaft kann eine Mengenverteilung natürlich keine Setzung, sondern allenfalls eine Schätzung sein.

Die Faktoren Angebot, Nachfrage und Preis bestimmen auch beim Holz den Markt, der keineswegs statisch, sondern sehr dynamisch ist.

Ein kurzer Rückblick soll dies beispielhaft verdeutlichen:

Noch vor 15 Jahren wurde in der deutschen Forstwirtschaft von der sogenannten „Schwachholzproblematik“ gesprochen, weil Industrieholz schlecht und nur zu niedrigen Preisen absetzbar war. Die scheinbare „Problematik“ sollte sich schon bald als große Chance entpuppen. Steigende Preise bei fossilen Energieträgern beschleunigten die Rückbesinnung

darauf, dass Holz Wärme spenden kann und als nachwachsender CO<sub>2</sub> neutraler Brennstoff regional verfügbar ist. Schon nach kurzer Zeit entwickelte sich ein Umdenken, und Aufbruchstimmung in ein neues „Holz-Zeitalter“ kam auf.

Holz war plötzlich als Brennstoff wieder „in“ und „Holz machen“ für den Ofen im eigenen Heim „angesagt“. Auch wenn diese Entwicklung hier natürlich etwas überzeichnet dargestellt ist, bleibt festzuhalten, dass sie für die Forstwirtschaft in Deutschland, für die Ertragsituation der Forstbetriebe sehr förderlich war.

Die „Euphorie“ für die wieder entdeckten energetischen Einsatzmöglichkeiten von Holz darf nicht dazu führen, dass das „Kind wieder mal mit dem Bade ausgeschüttet wird“.

Mit anderen Worten: Unsere Holzvorräte und Holzzuwächse sind – nach wie vor – begrenzt und erfordern einen Ressourcen schonenden und nachhaltigen Umgang.

Beim Einsatz von Holz für die energetische Verwendung dürfen daher Effizienzkriterien nicht ausgeblendet werden. Holz eignet sich hervorragend – ob nun als Pellets, Hackschnitzel oder Scheitholz – zur dezentralen Wärmeversorgung von privaten und öffentlichen Gebäuden. Großkraftwerke hingegen, die in gewaltigen Mengen überregional und mit weiten Transportwegen Holz zur Stromerzeugung benötigen, sind im Hinblick auf die Energieeffizienz durchaus kritisch zu betrachten.

Holz als Brennstoff erfreut sich zwar bei vielen Privathaushalten wieder großer Beliebtheit, aber auch bei vielen Kaminen oder Kachelöfen ist die Energieeffizienz nicht optimal.

Unter Bezugnahme auf die Fragestellung möchte ich schließlich doch noch eine grobe (!) Einschätzung zur Mengenverteilung zu wagen:

Rund 50 - 60 % unseres Rundholzaufkommens wird aus Stammholz bestehen, das für langlebige Holzprodukte geeignet ist (mittelstarkes Holz und Starkholz aus älteren und alten Waldbeständen).

Rund 40 - 50 % unseres Rundholzaufkommens wird aus Schwachholz bestehen, das für kurzlebige Holzprodukte, also für den Einsatz in der sogenannten „stofflichen“ oder der energetischen Verwertung geeignet ist (schwächeres Holz aus jüngeren Waldbeständen).

- 5 [Vor dem Hintergrund eines Miteinanders von Wald und Wild sieht die Waldstrategie 2020 vor, die Wildbestände so zu regulieren, dass eine natürliche Verjüngung aller Hauptbaumarten ohne Zaun möglich wird und die Abschlusspläne auch im Hinblick auf das Management der Schalenwildpopulation an die regionalen/örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Welche Möglichkeit sehen Sie, dieses Ziel zeitnah umzusetzen?](#)

Die Diskussion der Frage, wie es gelingen kann, Wald und Wild in Einklang zu bringen, bewegt die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die Jägerschaft, die Forstpartie, die Naturschützer und – nicht zuletzt – auch die Politik seit vielen Jahrzehnten.

Eine einfache Antwort kann es nicht geben; dazu ist die Angelegenheit zu komplex und bisweilen auch mit zu großen Emotionen verbunden.

Aus der Fragestellung lässt sich der nachvollziehbare und übliche Ansatz herauslesen, dass es doch möglich sein muss, die Schalenwildpopulationen durch Abschussplanvorgaben seitens der Jagdbehörden und anschließenden stringenten Vollzug durch die Jagdausübungsberechtigten in den Griff zu bekommen.

In gewissem Umfange gelingt dies auch.

Aber es bleibt vielerorts die nüchterne Erkenntnis, dass rechtliche Regelungen und behördliche Vorgaben sowie ordnungsrechtliche Sanktionen allein nicht zum Ziel führen.

Jagd ist gewiss für viele naturverbundene Menschen Passion, Leidenschaft, Berufung oder geliebtes Hobby. Dieses private Interesse an der Jagd ist grundsätzlich zu begrüßen.

An der Jagd besteht vor allem aber ein sehr großes öffentliches Interesse, das im gesellschaftlichen Bewusstsein oder in der öffentlichen Wahrnehmung leider oft zu kurz kommt. Die Jagd muss wichtige Funktionen für unser Gemeinwohl erfüllen. Die Jagd soll maßgeblich dazu beitragen, Verkehrsunfälle mit Wild zu reduzieren, einer Ausbreitung von Tierseuchen vorzubeugen und – nicht zuletzt - Schäden in der Land- und Forstwirtschaft zu verhindern.

Was also sollte vor diesem Hintergrund und angesichts der derzeitigen, nicht befriedigenden Situation unternommen werden?

Verweisen möchte ich zunächst auf das entsprechende Positionspapier des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR) vom Februar 2011, das ich für richtig und für förderlich halte. Bewährte Grundelemente der Jagd, Weiterentwicklungsnotwendigkeiten und konkrete Maßnahmen werden dort aufgezeigt.

Ich möchte mich in meiner Stellungnahme auf zwei Ansatzpunkte konzentrieren, die ich für besonders wichtig erachte:

- In der Aus – und Fortbildung der Jägerinnen und Jäger liegt sicherlich ein Schlüssel zum Erfolg. Die Ausbildung der Jägerschaft ist nicht nur fachlich bzw. handwerklich von grundlegender Bedeutung, sondern sie muss die Prägung und den Grundstock dafür bilden, dass das hohe öffentliche Interesse an der Jagd verinnerlicht und ihm

entsprechend Rechnung getragen wird.

Insofern ist es überdenkenswert, wie die Aus- und Fortbildung der Jägerinnen und Jäger organisiert ist und wie sie weiter entwickelt werden kann.

- Aus dem Blickwinkel der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer muss Jagd als angewandter Waldschutz und Werterhalt des Waldvermögens gesehen werden. Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sollten in stärkerem Maße als bisher von ihren Rechten und Einflussmöglichkeiten als Inhaber des Jagdrecht Gebrauch machen. Bei der Vergabe der Jagdpacht sollten finanzielle Überlegungen nicht im Vordergrund stehen. Von entscheidender Bedeutung ist vielmehr, ob das Jagdrecht an Jägerinnen und Jäger übertragen wird, die die Belange des Waldes und die forstwirtschaftlichen Ziele des Waldbesitzers verinnerlicht haben, die einen bodenständigen Bezug zur Region haben, die mit den relevanten Partnern vor Ort in einem ständigen Kontakt und Erfahrungsaustausch stehen und die (auch ohne Spenden oder finanzielle Zuwendungen) bei der örtlichen Bevölkerung hohe Reputation genießen.

- 6 [Kann die wachsende Lücke zwischen der zunehmenden Nachfrage nach Nadelholz und der auch durch den Waldumbau bedingten Verringerung der Nadelholzvorräte nur durch einen verstärkten Import von Nadelholz zur Deckung des Bedarfs geschlossen werden oder benötigen wir neue Optionen für die Nutzung der aufwachsenden Laubholzbestände?](#)

In aller Kürze:

Antwort zum ersten Teil der Frage: Nein ( ...und das kann auch nicht gewollt sein )

Antwort zum zweiten Teil der Frage: ja ( ...und dazu müssen wir Forschung und Entwicklung für die Verwendungsmöglichkeiten von Laubhölzern intensivieren ).

Die Frage ist thematisch in Verbindung mit Frage Nr. 4 zu sehen und daher möchte ich zunächst auf meine entsprechende Beantwortung verweisen.

Ich denke, dass die Fragestellung in erster Linie auf eine mögliche Lücke in der Rohstoffversorgung beim Nadelholz gerichtet ist, wie sie als Herausforderung in der Waldstrategie 2020 auch beschrieben wird.

Daher ist die Frage auf die Marktfaktoren „Angebot und Nachfrage“ ausgelegt, und darauf möchte ich die Beantwortung auch aufbauen. Die Aspekte „Waldumbau“, „Import“ und „Optionen für die Nutzung“ stehen hierzu indirekt in einem Zusammenhang.

Eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage lässt sich nur schließen durch Senkung der Nachfrage und / oder Steigerung des Angebotes.



Zudem spielt der Faktor Zeit eine erhebliche Rolle, denn der ( heutzutage globale ) Holzmarkt ist geprägt von Kurzfristigkeit, während Forstwirtschaft geprägt ist von Langfristigkeit. Daher möchte ich in Klammer gesetzt zu möglichen Optionen auch eine Einschätzung zur zeitlichen Umsetzbarkeit hinzufügen.

Mit kurzen stichwortartigen Anmerkungen möchte ich weitere in Frage kommende Ansatzpunkte bzw. Korrelationen nur anreißen (allerdings ohne weitere Positionierung bzw. Kommentierung sowie ohne Anspruch auf Vollständigkeit).

Eine Steigerung des Angebotes an Nadelholz zur Versorgung der heimischen Holzindustrie lässt sich, wenn man eine Steigerung der Importe vermeiden möchte, erreichen durch

- entsprechende waldbauliche Planung, Steuerung und Sicherung der biologischen Produktion  
( → Wirkungsweise: mittel- bis eher langfristig )

Stichworte: entsprechende Baumartenwahl > Douglasie, Küstentanne als Option zur Fichte / Senkung von Umtriebszeiten / verstärkter Anbau und ggf. Förderung von Nadelholzreinbeständen / Einbringung von Nadelbaumarten als Beimischung in Laubholzbestände / Vermeidung von großflächigen Produktionsausfällen > keine Kahlschläge, Erhöhung der bestandes- und der Einzelbaumstabilität durch konsequente Waldpflege – Läuterungen - Durchforstungen / Vermeidung von Produktionsausfällen durch Schalenwild, Borkenkäfer /

- Erschließung von Potentialen im Kleinprivatwald  
( → Wirkungsweise: mittelfristig )

Stichworte: Stärkung und Optimierung der Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse / Waldpflegeverträge / Neugründung von Gemeinschaftswaldungen / Waldpacht / Waldflurbereinigung

- Erhaltung und ggf. Vergrößerung der Personalkapazität an forstlichen Fachkräften  
( → Wirkungsweise: mittel-bis langfristig )

Stichworte: personale Nachhaltigkeit / kein weiterer Personalabbau / keine weiteren Revierverschiebungen

- Erhaltung und ggf. Aufbau von Kapazitäten der forstlichen Unternehmer und Holzfuhrunternehmen  
( →Wirkungsweise: mittel-bis langfristig )

Stichworte: gerechte Leistungsvergütung / Überprüfung der Ausschreibungsverfahren / Zertifizierung der Unternehmer / Stärkung dezentraler Strukturen

Eine Senkung der inländischen Nachfrage nach Nadelholz lässt sich erreichen durch

- Optimierung der Holzverwertung und der Ressourceneffizienz  
( →Wirkungsweise: mittel- bis langfristig )

Stichworte: Steigerung der Forschung und Entwicklung in der Holztechnik – Entwicklung von Holzverbundstoffen – Substituierung von Nadelholz durch Laubholz als Roh- und Werkstoff / Kaskadennutzung / Recycling – Bsp. Altpapier / Optimierung der thermischen Wirkungsgrade bei der Nutzung von Nadelholz als Brennstoff

- Vermeidung von Überkapazitäten in der Holzindustrie  
( →Wirkungsweise: mittel- bis langfristig )

7 Wie bewerten Sie die in der Waldstrategie dargestellten Herausforderungen des Klimawandels und welche mittel- und langfristig erforderlichen Waldumbaumaßnahmen halten Sie für erforderlich?

Die in der Waldstrategie dargestellten Herausforderungen des Klimawandels sind zutreffend.

Zur Beantwortung des zweiten Teils der Frage verweise ich auch auf meine Ausführungen zu den Fragen 2 und 6.

Waldbauliches „Umsteuern“ ist kein kurzfristiger, sondern ein langfristiger Prozess.

Die waldbauliche Forschung und Entwicklung ist ebenso wie das forstliche Umwelt-Monitoring zu intensivieren.

Simulative Waldwachstumsmodelle müssen weiter ausgebaut und für forstbetriebliche Entscheidungen genutzt werden.

Der forstlichen Standortkartierung, Baumarten – und Herkunftsempfehlungen wird eine große Bedeutung beizumessen sein.

Hierfür müssen institutionelle, finanzielle und personelle Kapazitäten bereitstehen.

Fragen der biologischen Produktion müssen unvoreingenommen, sachlich und wissenschaftlich fundiert untersucht, diskutiert und entschieden werden.

Die Schaffung des Waldklimafonds ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen, wenngleich das jährliche Finanzvolumen von 35 Millionen Euro keineswegs zur Bewältigung der Herausforderungen ausreichen wird.

8 Welche Forschungsschwerpunkte sollten im Hinblick auf das Ziel eines vitalen, standort- und klimaangepassten Waldes gesetzt werden und welche Anteile nichtheimischer Baumarten wie der Douglasie halten Sie hinsichtlich der faunistischen Biodiversität für vertretbar?

Zur Beantwortung des ersten Teils der Frage verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 7.

Bei der Baumart Douglasie, die nach der Definition des Bundesnaturschutzgesetzes eine heimische Baumart ist, liegen belastbare und sehr positive Erfahrungen zur waldbaulichen und forstwirtschaftlichen Eignung vor. Es besteht keinerlei Veranlassung die Douglasie zu stigmatisieren oder zu „tabuisieren“.

Probleme im Hinblick auf die faunistische Biodiversität sind mir nicht bekannt und vor dem Hintergrund, dass grundsätzlich Mischbestände anzustreben sind, auch unwahrscheinlich.

Der Anteil der Douglasie an der Baumartenzusammensetzung muss und wird länder- und betriebsspezifisch unterschiedlich sein. Bezogen auf die gesamte deutsche Waldfläche – insbesondere als Alternative zur Fichte – wird ihr Anteil sicherlich deutlich zunehmen und er dürfte – grob geschätzt zwischen 10 bis 20 % liegen.

Ein Paradebeispiel für sehr hohe Douglasienanteile mit ausgesprochen überzeugenden Waldbildern ist sicherlich der Freiburger Stadtwald, ein Forstbetrieb der im Übrigen FSC – zertifiziert ist und in Kreisen des Naturschutzes hohe Reputation genießt.

9 Gibt es nach Ihrer Vorstellung ein Erfordernis, eine bundesweite Regelung zur Regulierung regional zu hoher Wildbestände zu schaffen, und wenn ja, welche, oder reicht das vorhandene Instrumentarium auf Länderebene aus?

Zur Beantwortung der Frage verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 5.

Ich sehe kein Erfordernis, bundesweite Regelungen zur Regulierung regional zu hoher Wildbestände zu schaffen. Das widerspräche auch der föderalen Struktur sowie dem Subsidiaritätsprinzip.

Regionale Probleme sollten auch regional gelöst werden.

Das rechtliche Instrumentarium auf Länderebene reicht aus.

10 Halten Sie es angesichts der sehr unterschiedlichen Struktur unserer Wälder (in der norddeutschen Tiefebene, den Mittelgebirgen, Auwäldern an Flussläufen etc.) für sinnvoll, zusätzlich zu den Landesvorschriften zur guten fachlichen Praxis auch auf der Bundesebene Vorschriften zu erlassen und wenn ja, warum?

Die Frage der guten fachlichen Praxis ist im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundeswaldgesetzes im Jahr 2010 bereits ausführlich diskutiert worden.

Zu Recht hat der Gesetzgeber davon abgesehen, hierzu Regelungen im Bundeswaldgesetz zu verankern.

Es entspricht unserem föderalen Staatsaufbau und den Zielen der Föderalismusreform, diese Ausgestaltung den Bundesländern zu überlassen, denn die forstlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind in der Tat sehr unterschiedlich.

11 Wie bewerten Sie das Ziel der Bundesregierung, die Holzernte bei Erhalt des Waldes als CO<sub>2</sub>-Senke bis maximal zum durchschnittlichen jährlichen Zuwachs bzw. auf Basis des Referenzszenarios der Bundesregierung für die Klimaverhandlungen auf maximal rd. 100 Mio. Vorratsfestmeter pro Jahr zu steigern und wie könnte die Bundesregierung dieses Ziel in der Praxis durchsetzen?

Dieses Ziel ist sicherlich sehr ambitioniert und allenfalls mittel – bis langfristig erreichbar.

Das Erfordernis dieser Zielstellung muss zudem ggf. evaluiert und angepasst werden. – zum Beispiel dann, wenn die Effizienz in der Verarbeitung von Holz als Roh-, Werk- und Brennstoff weiter gesteigert werden kann.

Hier gilt es, die „Hand am Puls“ zu haben.

Die anstehende Bundeswaldinventur - BWI 3 – wird sicherlich aufschlussreiche Daten liefern.

Die Waldfläche in Deutschland hat in den letzten 50 Jahren um ca. 1 Million Hektar zugenommen. Eine meines Erachtens vertretbare ähnliche Zunahme in den nächsten 50 Jahren würde eine Erweiterung der Holznutzung um ca. 10 Millionen Festmeter ermöglichen.

12 Wie bewerten Sie das Fehlen von Zielen für den Ausbau der energetischen Nutzung von Holz in der Waldstrategie 2020 und welche Ziele sollte die Bundesregierung für den Ausbau der Holzenergie formulieren?

In der Waldstrategie 2020, insbesondere im Kapitel „Rohstoffe, Verwendung und Effizienz“, werden durchaus strategische Ziele zur energetischen Nutzung von Holz behandelt.

Die Frage des Verhältnisses von stofflicher und energetischer Nutzung verengt die Waldstrategie 2020 richtigerweise nicht auf ein „entweder – oder“, sondern kommt zu einem „sowohl als auch“.

Das Marktgeschehen bzw. Angebot und Nachfrage wird die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmen.

Auf meine Ausführungen zur Beantwortung der Fragen 4 und 6 möchte ich in diesem Zusammenhang verweisen.

13 Welche Maßnahmen wären über die wenigen von der Bundesregierung genannten Maßnahmen hinaus notwendig, um die für 2020 prognostizierte Holzlücke von jährlich über 30 Mio. Festmeter zu schließen?

Auf meine Ausführungen zur Beantwortung der Fragen 4 sowie insbesondere 6 und 11 möchte ich diesbezüglich verweisen.

14 Wie bewerten Sie es, dass die Waldstrategie 2020 die waldbezogenen Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) zwar formal bestätigt, aber so gut wie keinen Beitrag zur Konkretisierung, Umsetzung bzw. gar Fortentwicklung dieser Ziele leistet?

Die nationale Biodiversitätsstrategie (NBS) ist – gleichermaßen wie die Waldstrategie 2020 – eine Sektorstrategie der Bundesregierung.

Daher ist es auch richtig und zielführend, dass in der Waldstrategie 2020 im Kapitel „Biodiversität und Waldnaturschutz“ der Kontext zur NBS hergestellt und die damit verbundenen künftigen Herausforderungen dargelegt werden.

Die Konkretisierung, Umsetzung bzw. gar Fortentwicklung der Ziele der NBS kann nicht originäre Aufgabe und primäre Zielstellung der Waldstrategie 2020 sein.

Der grundsätzliche Ansatz der Waldstrategie ist multifunktional. Das bedeutet, dass die Waldstrategie 2020 nicht auf die maximale Zielerreichung von Teilzielen, sondern auf eine ausgewogene Balance aller Teilziele ausgerichtet ist.

Auf meine Ausführungen zu Frage 2 möchte ich diesbezüglich noch verweisen.

15 Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die verbindliche Festlegung nicht genutzter Waldflächen (NBS: 5 %) mit den wirtschaftlichen Zielen der Waldstrategie 2020, und auf welche Weise sollten die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer für Mindererlöse entschädigt werden?

Auf meine Ausführungen zu den Fragen 2 und 14 möchte ich diesbezüglich wiederum verweisen.

Die Festlegung in der NBS auf eine pauschale Zielgröße von 5 % stillzulegender Waldflächen bezogen auf die gesamte Waldfläche in Deutschland ( bzw. bezogen auf den öffentlichen Wald die Festlegung einer Zielgröße von 10 % ) ist nicht nachvollziehbar und ist im Hinblick auf das originäre und unbestritten sehr wichtige Ziel, der Erhaltung der Biodiversität und des Schutzes gefährdeter Pflanzen- und Tierarten, durchaus überdenkenswert.

Wichtiger als prozentuale Zielgrößen wären meines Erachtens auf konkreten wissenschaftlichen Inventuren gestützte Analysen und Planungen zur Schutzbedürftigkeit von bestimmten Waldflächen, Teilflächen, Baumgruppen oder von Einzelbäumen.

Diese konkreten Planungsergebnisse sollten dann das belastbare Fundament für den Aufbau eines zielorientierten Konzeptes zur Bewahrung der Artenvielfalt und zum Schutz seltener Arten sein.

Ein solches Konzept kann nur im Zusammenwirken mit den Ländern und insbesondere mit den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern erfolgreich umgesetzt werden.

Gewiß kommt hierbei dem Kommunalwald und insbesondere dem Staatswald eine besondere, im Gemeinwohl liegende Verpflichtung zu.

Effizienter Natur- und Artenschutz erfordert besondere Leistungen sowie – wo dies nötig ist – auch ein „Sich selbst Überlassen der Natur“. Für beide Komponenten, besondere Leistungserbringung und Nutzungsverzicht, sollten insbesondere Privatwaldbesitzer möglichst aus freier Entscheidung heraus gewonnen werden.

Der Vorrang des Vertragsnaturschutzes ist daher der richtige Ansatz.

Hierfür müssen in ausreichendem Maße finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, denn es muss der Grundsatz gelten: „Wer bestellt, bezahlt“.

Die Frage, ob die Mittelausstattung zur Umsetzung der NBS ausreicht, um die formulierten Ziele abzudecken, bleibt offen, erscheint mir aber sehr zweifelhaft.

Bei begrenzten öffentlichen Mitteln müssen - auch im Naturschutz - Prioritäten gesetzt und ggf. Ziellanpassungen vorgenommen werden.

- 16 Welche gesetzlichen Änderungen und Maßnahmen sind notwendig, um aus Ihrer Sicht die waldbedrohungsbezogenen Naturschutzziele der NBS zu erreichen; und wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Aussage der Bundesregierung, dass schon heute hohe Naturschutzstandards auf Bundes- und Länderebene verankert seien?

Für mich stellt sich hierbei zunächst die grundlegende Frage, ob strategische Ziele, wie sie die NBS vorsieht, durch normative bzw. gesetzliche Änderungen und Maßnahmen verfolgt werden sollten?

Ich halte das nicht für den richtigen Ansatz und daher auch rechtliche Änderungen nicht für erforderlich.

Zum zweiten Teil der Frage möchte ich auf den Indikatorenbericht zur NBS vom November 2010 hinweisen, in dem seitens der Bundesregierung konstatiert wird, dass die heutige naturnahe Waldbewirtschaftung die biologische Vielfalt nicht nur erhält, sondern auch fördert und verbessert.

- 17 Welche Maßnahmen halten Sie zur Sicherung öffentlicher Interessen im kleinen als auch im großen Privatwald für notwendig, um sowohl das Ziel einer guten Holzversorgung als auch die Ziele des Waldnaturschutzes zu erreichen?

Für Hessen kann ich aufgrund meiner Erfahrungen sagen, dass sich der Dreiklang der staatlichen Unterstützung für den Privatwald durch das Angebot von Beratung (allgemeine Förderung), Dienstleistung (besondere Förderung) und spezifischen Fördermaßnahmen (Forstliches Förderprogramm im Rahmen von ELER und GAK) bewährt hat, um die Sicherung öffentlicher Interessen, insbesondere auch die Ziele der Holzversorgung und des Naturschutzes zu erreichen.

- 18 Wie ist wald- und naturschutzpolitisch mit dem Umstand umzugehen, dass die flächendeckend eingeführten privatisierten Rechtsformen der öffentlichen Waldbewirtschaftung unter dem Zwang der Überschusserwirtschaftung stehen und Naturschutzziele nur in dem Maße nachkommen können, wie ihnen von den Geldgebenden Länderparlamenten dieses in Form von Zuweisungen für Gemeinwohlleitungen abgegolten wird?

Die in der Fragestellung genannten Rechtsformen der öffentlichen Waldbewirtschaftung sind nicht „privatisiert“, sondern in der Regel als Landesbetriebe weiterhin unselbständige Teile der

Landesverwaltung oder Anstalten des öffentlichen Rechts. Sie stehen daher auch – soweit mir dies bekannt ist – nicht unter dem Zwang der Überschusserwirtschaftung, sondern haben – nach wie vor – besondere Gemeinwohlverpflichtungen.

Hierzu gehört insbesondere auch die Umsetzung der länderspezifischen Naturschutzziele im Wald. Richtig ist, dass hierbei der Umfang der Leistungserbringung von den entsprechenden Zuweisungen bzw. Produktabgeltungen abhängt.

- 19 Wie bewerten Sie die Aussichten und das Ziel der Bundesregierung, durch die Anlage von Kurzumtriebsplantagen (KUP) außerhalb des Waldes vergleichsweise schnell (in 3 bis 10 Jahren) einen flankierenden Beitrag zur Verbesserung der Holzversorgung insbesondere für die energetische Verwendung zu leisten und wie viel Hektar KUPs und Festmeter Holz halten Sie für erreichbar?

Die Aussichten dürfen aus meiner Sicht - bundesweit betrachtet - nicht überbewertet werden, denn es gibt zur Zeit KUP auf landwirtschaftlichen nur in einem sehr begrenztem Umfang.

Für einige waldärmere Bundesländer könnten die Potentiale für KUP hingegen durchaus von Bedeutung sein. Zu berücksichtigen ist, dass für KUP landwirtschaftliche Standorte mit besseren Böden empfohlen werden, auf diesen jedoch die Landwirte eher den Anbau von Mais, Getreide oder Zuckerrüben wählen, zumal die Bindungsdauer dieser Produktionsentscheidung nicht wie bei KUP bis zu 20 Jahre umfasst.

- 20 Wie bewerten Sie das vollständige Fehlen von konkreten Maßnahmen im Bereich der Jagdpolitik und des Jagdrechts aus dem Blickwinkel der Waldpolitik und insbesondere die Tatsache, dass sich die Waldstrategie der Bundesregierung jagdpolitisch zu einer natürlichen Verjüngung aller Hauptbaumarten ohne Zaun bekennt, jedoch über die Nebenbaumarten hinwegsieht?

Auf meine Ausführungen zu den Fragen 5 und 9 möchte ich diesbezüglich verweisen.

Die sogenannten Nebenbaumarten werden zwar nicht explizit genannt, aber es wurde sicherlich die berechnete Annahme getroffen, dass angepasste Schälwildpopulationen, die eine Verjüngung von Hauptbaumarten wie Eiche, Buche, Edellaubholz, Fichte, Tanne oder Kiefer, gewährleisten, auch ein Aufkommen der Neben- bzw. der Begleitbaumarten wie Birke, Eberesche, Weide, Pappel garantieren.

- 21 Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind aus Ihrer Sicht erforderlich, um eine strategische Partnerschaft zwischen Waldeigentümer/innen, Waldnutzer/innen, Jägerschaft und Landwirtschaft in den Regionen mit dem Ziel der Erreichung waldverträglicher Schälwildbestände zu sichern?

Auf meine Ausführungen zu den Fragen 5 und 9 möchte ich diesbezüglich verweisen.



22 Wie bewerten Sie die Wirksamkeit der Aussagen und Ziele der Bundesregierung im Hinblick auf die Verbesserung der Betreuung des Privatwaldes durch die Landesforstverwaltungen?

Auf meine Ausführungen zu Frage 17 möchte ich diesbezüglich verweisen.

Der Weiterentwicklung der forstlichen Zusammenschlüsse wird besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein. In die forstlichen Förderprogramme müssen diesbezüglich in stärkerem Maße als bisher Effizienzkriterien eingebaut werden.

23 Wie bewerten Sie die konkreten Umsetzungschancen des Zieles, ein Mindestmaß an forstlich ausgebildetem Forstpersonal vor allem im öffentlichen Wald sicherzustellen, vor allem in Bezug auf die Tatsache, dass die Personalhoheit gänzlich in der Hand der Arbeitgeber (Länder, Kommunen) liegt und im Zusammenhang mit dem formulierten Ziel, die Betreuung der forstlichen Zusammenschlüsse und die Kleinprivatwaldbetreuung durch ausreichendes Forstpersonal zu stärken?

Der Hinweis in der Fragestellung auf die Personalhoheit der Länder und der Kommunen ist sehr berechtigt.

Zumindest bezogen auf Hessen kann ich sagen, dass im Bezug zur Fragestellung eine ausreichende Personalkapazität gewährleistet ist.

24 Welche Änderungen an den Fördermaßnahmen des Wald-Klima-Fonds und der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sollten zur Umsetzung der Ziele der Waldstrategie 2020 aus Ihrer Sicht vorgenommen werden?

Die Maßnahmen für den Waldklimafonds werden in Abstimmung zwischen BMELV und BMU zur Zeit in ein Förderprogramm eingebracht.

Ziel muss es sein, die Waldeigentümer und Forstbetriebe zu unterstützen, um die Folgen des von der Gesellschaft verursachten Klimawandels durch den Aufbau Klima stabiler Wälder bewältigen zu können.

Es ist insbesondere darauf hinzuwirken, dass

- die Kalkung in den Maßnahmenkatalog aufgenommen wird,
- auch der Staatswald als zuwendungsberechtigt anzusehen ist,
- die Mittel überjährig und kumulativ zur Verfügung gestellt werden,

- eine „Prämie“ bei regionalen Kalamitäten zur raschen und Boden schonenden Aufarbeitung  
vorgesehen wird (analog zum Europäischen Solidaritätsfonds – EUSF - im Jahr 2008 zur Bewältigung der Schäden des Sturmes „Kyrill“),

und es ist zu betonen, dass der Waldklimafonds nicht das Finanzierungsinstrument zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie sein kann.

Im Rahmen der GAK sollte der Weiterentwicklung der forstlichen Zusammenschlüsse besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es sollten in stärkerem Maße als bisher Effizienzkriterien eingebaut werden.

Die Mittel der GAK sollten in Anbetracht der Flächenanteile des Waldes in Deutschland (30%) in stärkerem Maße als bisher der Forstwirtschaft zukommen.

25 [Wie bewerten Sie die Aussagekraft der Waldstrategie 2020 im Hinblick auf Umsetzung und Akzeptanz der Waldumweltmaßnahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik und deren Weiterentwicklung nach 2013?](#)

Die Waldumweltmaßnahmen im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik beziehen sich auf die Umsetzung des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 ( d.h. auf FFH und Vogelschutzgebiete ). Wesentliche Instrumente der EU zur Umsetzung von Natura 2000 sind ELER, EFRE und LIFE.

Die Waldstrategie 2020 ist zunächst eine nationale Strategie, und sie kann die GAP der EU nicht maßgeblich beeinflussen.

gez. Martin Küthe

Dienstliche Kontaktadresse:

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat VI 1 A- Oberste Forstbehörde, Angelegenheiten des nichtstaatlichen Waldbesitzes  
Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden

Tel.: +49 (0) 611-8151610

Fax: +49 (0) 611-8151972

E-Mail: [martin.kuethe@hmuenv.hessen.de](mailto:martin.kuethe@hmuenv.hessen.de)